

Reform der Euro-Zone

Die Eigenverantwortung der Staaten rückt weiter aus dem Blickfeld der Politik

Die politische Diskussion um eine Reform der Euro-Zone läuft. Doch sie läuft in die falsche Richtung. Anstatt die Eigenverantwortung der Euro-Staaten zu betonen, wird Fehlverhalten hofiert, indem Risiken vergemeinschaftet werden.

Die Politik drängt auf Reformen für die Euro-Zone. Vor allem Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und EU-Kommissions-Chef Jean-Claude Juncker plädieren für eine engere Fiskalunion – mit einem europäischen Finanzminister an der Spitze und einem separaten Budget für die Euro-Zone, um klammen Euro-Staaten unter die Arme zu greifen. Deutschland hingegen liebäugelt mit einem Ausbau des Rettungsfonds Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) hin zu einem Europäischen Währungsfonds – als Reform-Alternative zur Achse Paris-Brüssel. Der offenkundige Reformeifer steht auch im Zusammenhang mit Griechenland. Das derzeit laufende 3. Hilfsprogramm soll im Sommer dieses Jahres beendet werden. Danach, so die Hoffnung, soll Griechenland finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen. Das Problem: Alle umlaufenden Ideen zielen auf eine weitere Risikovergemeinschaftung in der Euro-Zone ab. Die jeweils nationale Verantwortung für eine solide Haushaltspolitik wird immer weiter zurückgedrängt. Dadurch wird die Euro-Zone letztlich so umgestaltet, dass Fehlentwicklungen noch stärker hofiert, statt sanktioniert werden.

Wie war das mit Maastricht?

Besinnen wir uns: Die Grundprinzipien der Währungsunion fußen auf der Eigenverantwortung der souveränen Mitgliedstaaten in der Finanz-

und Wirtschaftspolitik. Der Vertrag von Maastricht überlässt es den Euro-Staaten, eigene nationale Akzente setzen zu können. Im Gegenzug müssen sie jedoch auch für die Folgen haften, ohne auf finanziellen Beistand durch die anderen Staaten im Krisenfall zu hoffen. Um dieses Bündnis zu koordinieren, dient vor allem der Stabilitäts- und Wachstumspakt als gemeinsame Klammer, der insbesondere bezüglich des Defizits (3% des BIP) und des Schuldenstands (60% des BIP) maximale Verschuldungskriterien vorschreibt. Doch die EU-Kommission – als Überwachungs-Instanz – hat Jahr für Jahr kläglich bei der Durchsetzung der auf Prävention ausgelegten Regeln versagt, sodass beginnend mit der griechischen Staatspleite 2010 eine offensive Interventions- und Stützungs politik eingeleitet wurde.

Der durch die politische Schwäche der Kommission und die vielen unterschiedlichen Interessen der Euro-Staaten verursachte Scherbenhaufen mündete sodann in der „Rettungsschirm-Politik“, 2012 dauerhaft manifestiert im ESM. Bis heute führt diese Interventionspolitik zu einer Untergrabung der Nichtbeistands-Klausel (No-Bail-out) der Europäischen Verträge. Die Fiskalpolitik der Euro-Staaten setzt seit Jahren auf eine fortschreitende Vergemeinschaftung von Risiken, sodass im Falle einer nationalen Krise mit hohen finanziellen Folgen für das Land die Schock-Wirkung nicht an den Landesgrenzen haltmacht, sondern auf die gesamte Euro-Zone verteilt wird. Im Ergebnis pauken die starken Euro-Staaten die Schwachen raus. Aspekte der Europäischen Bankenunion gehören ebenso zu dieser Politik wie die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Der Grundgedanke der Währungsunion,

dass jedem einzelnen Euro-Staat die Einheit von Risiko und Haftung für sein Tun auferlegt wird, ist inzwischen weit von der Realität entfernt.

Pläne sind Reformbremse

Und die aktuellen Pläne machen es nicht besser – ob ein Euro-Finanzminister mit eigenem Budget, eine europaweite Einlagensicherung oder auch Arbeitslosenversicherung, um kriselnde Euro-Staaten finanziell zu unterstützen. Werden solche Pläne umgesetzt, hätten strukturschwache und hoch verschuldete Länder wenig Anreiz, aus eigener Überzeugung heraus Reformen anzupacken und Schulden durch solides Haushalten zurückzuführen. Damit würde eine tragende Säule der Währungsunion zerstört.

Was nötig ist

Statt sich also immer weiter vom Geist von Maastricht zu entfernen, muss sich die Euro-Gruppe wieder an ihre Grundwerte erinnern – eine glaubwürdige und tragfähige Währungsunion gründet auf eigenverantwortlichen Mitgliedstaaten, die sich an Verträge halten. Kollektive Interventions- und Ausgleichstransfers stehen diesen Prinzipien entgegen. Bei Transfers sollte einzig und allein der EU-Haushalt greifen, um die wirtschaftliche Konvergenz voranzubringen. Nötig sind vielmehr klare Reißleinen. Die Fiskalregeln müssen konsequent umgesetzt und bei Verstößen sanktioniert werden. Für Staaten, die sich in Extremfällen selbstverschuldet in die Staatspleite manövrieren, bedarf es eines strukturierten Insolvenzverfahrens und als Ultima Ratio auch eines Ausscheiden aus der Euro-Zone. *SP*